



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVII/69 - 26. März 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 218 31-33
Fernschreiber 0 836 890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	<u>Der grosse Betrug</u> Walter Ulbricht und die Mauer	37
2 - 2a	<u>Kochmals: Schlechte Methode!</u> Rundfunk- und Fernsehkettenreaktion nach Erhards "Appell an das Volk"	59
3 - 4	<u>Scharfe EWG-Diskussion in Norwegen</u> Preis- und Lohnminister will zurücktreten Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten	61
5 - 6	<u>"Die blutenden Grenzen Asiens" (Schluss)</u> Asien in Erwartung des nuklearen Urknalls aus China Von Erwin Erasmus Koch	78

* * *
* * *

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Der grosse Betrug

Walter Ulbricht und die Mauer

sp - Als im Sommer vergangenen Jahres die tägliche Zahl der Zonenflüchtlinge auf 3000 anstieg, jammerte Walter Ulbricht in Moskau, es müsse etwas Entscheidendes geschehen, da der ständig wachsende Flüchtlingsstrom die "DDR" daran hindere, ihre Wirtschaft in Ordnung zu halten. Die Abwanderung besonders von Fachkräften - in der Sprache Ulbrichts "Abwerbung" genannt - bezeichnete der Zonendiktator als den Versuch des "kapitalistischen Westens", die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ostblockstaaten zu stören. Ulbricht konnte nämlich seinen Lieferungsverpflichtungen nach Polen, der CSR, Ungarn, Rumänien und Bulgarien nicht nachkommen. Die Mauer in Berlin sollte das Heilmittel für die wirtschaftspolitische Pleite in der Zone sein.

Die Massenflucht wurde unterbunden. Ulbricht frohlockte und erklärte, nunmehr werde es mit der Zonenwirtschaft aufwärts gehen. Es gab sogar im Westen sogenannte Experten, die das glaubten ...

Jetzt steht die Schandmauer seit acht Monaten. Die Massenflucht wurde tatsächlich abgestoppt. Mit brutaler Gewalt wurden und werden deutsche Familien zerrissen.

Aber gerade jetzt hat Ulbricht vor dem Zentralkomitee der SED zugeben müssen, dass der Siebenjahresplan, besonders in der Grundstoffindustrie und im Maschinenbau, nicht erfüllt werden konnte. Nach Ulbrichts eigenen Angaben sind in den vergangenen drei Jahren anstatt - wie vorgesehen - 6,5 Milliarden nur 3,7 Milliarden Mark investiert worden. Das Missverhältnis zwischen Produktion und Bedarf führte zu empfindlichen Preiserhöhungen. Als Höhepunkt seiner Entschuldigungen für das völlige Versagen im wirtschaftlichen Bereich führte Ulbricht die "enormen Kosten beim Bau der Mauer" in Berlin an. Hier habe es sich, so meinte der Zonendiktator, um eine "staatspolitische Notwendigkeit" gehandelt, die "jeder Bürger der DDR verstehen muss".

Walter Ulbricht hat in den langen Jahren seiner politischen Existenz schon viele Bankrotterklärungen abgegeben. Was er diesmal vor dem Zentralkomitee der SED sagte, ist jedoch nicht nur ein Bankrotterklärung; es ist das Eingeständnis des betrügerischen Konkurses. Der grosse Betrüger kann so reden, weil es in der sogenannten DDR weder ein freies Wort, noch eine freie Presse gibt.

Wenn man in Moskau noch etwas Sinn für Realitäten hat, müsste man dort jetzt eigentlich merken, was in dem von Walter Ulbricht beherrschten Teile Deutschlands wirklich vor sich geht.

Nochmals: Schlechte Methode !

Rundfunk- und Fernsehkettenreaktionen nach
Erhards "Appell an das Volk"

sp. - Dass ein Bundesminister einmal im Rundfunk seine Meinung sagt, ist alltäglich. Auch im Fernsehen kommen Politiker aller Schattierungen in den verschiedensten Sendungen zu Wort. Daran ist nichts ungewöhnliches.

Etwas anderes ist es, wenn sich ein Bundesminister Sendezeit für einen zwanzig-Minuten-Monolog über alle deutschen Sender und für eine zehn-Minuten-Ansprache im Fernsehen an ein und demselben Tage einräumen lässt. Hier wird die Ansprache zur Aktion, zu einer Aktion, die Aufsehen erregt.

Die Folge davon ist, dass sich zunächst einmal diejeniger melden, die anderer Meinung sind, also die Opposition. Dass sie ihren Standpunkt in einer gleichgearteten Aktion darzustellen wünscht, ist legitim und eigentlich selbstverständlich.

An diesem Punkt gibt es zwei Möglichkeiten der weiteren Prozedur. Entweder man erklärt die Diskussion für abgeschlossen, nachdem sich diejenigen geäußert haben, die unterschiedlicher Meinung sind, also die Bundesregierung und die Opposition. Dann braucht es keine Sendezeit mehr für die Regierungsparteien, denn da sie die Regierung tragen, muss unterstellt werden, dass sie die Meinung des Regierungssprechers teilen. Das wäre vernünftig.

Aber nicht alles vernünftige wird getan. Die günstige Gelegenheit, als Partei einmal wieder an die breitestmögliche Öffentlichkeit zu treten, lässt man sich nicht gern entgehen. So fordern auch CDU/CSU und FDP ihre Sendezeiten - und bekommen sie. Natürlich werden sie den Wirtschaftsminister unterstützen, natürlich werden sie nicht mit Vorwürfen gegen die Tarifpartner oder einen derselben sparen. Legitimerweise werden diese nunmehr auf den Plan gerufen und ebenfalls Sendezeit im gleichen Umfang fordern.

Leidtragende sind die Rundfunkhörer und Fernseher. Wer sich zum Beispiel allabendlich auf die lockere und interessant gestaltete Sendung "Echo des Tages" im Nord- und Westdeutschen Rundfunk freut, muss stattdessen eine längere Folge von Monologen über sich ergehen lassen, in denen die gleichen Argumente von anderen Leuten vorgetragen werden. Und der Fernseher, der sich auf die Stachelschweine, Millowitsch oder Lou van Burg freut, wird zunächst einmal zwangsweise zum wirtschaftspolitischen Nachhilfeunterricht abgeführt. Das lässt man sich gelegentlich gefallen, aber wenn der Nachhilfeunterricht an Häufigkeit sogar die "Reporter der Windrose" schlägt, bleibt der Überdruß nicht aus.

Mit solchen Serien ist nichts bestellt. Sie haben allenfalls eine Folge: Sie stärken nur die Staatsverdrossenheit des Bundesbürgers, was weder dem Ansehen der Demokratie, noch dem des Parlaments dient.

* Denn Hand aufs Herz: Im Grunde genommen gehörte diese
* Debatte weder in den Rundfunk, noch ins Fernsehen, son-
* dern vor den Deutschen Bundestag.

Ist sich der Bundeswirtschaftsminister gar nicht darüber klar geworden, dass seine Aktion eine der wichtigsten Stätten seines Wirkens, den Bundestag nämlich, kurzerhand abqualifizierte? Wozu eigentlich sind Regierungserklärungen und Debatten darüber im Bundestag da? Die Zeitungen können im Anschluss an eine Bundestagsdebatte nicht mehr tun, als während oder nach einer Fernseh- und Rundfunkkampagne: Nämlich darüber schreiben. Was Rundfunk und Fernsehen angeht, so sollten beide, nämlich die Rundfunkanstalten und auch der Bundestag einmal darüber nachdenken, ob es weise war, Mikrophone und Kameras zu Direktübertragungen so ohne weiteres aus dem Plenarsaal zu verbannen und ob nicht beide verpflichtet sind, mehr Funkpublizität für Bundestagsdebatten zu schaffen. Vielleicht nicht durch Direktübertragungen, aber durch gute Sondersendungen. Ein Mittelweg müsste sich finden lassen.

Das würde das politische Interesse der Staatsbürger fördern. Die gegenwärtige, vom Bundeswirtschaftsminister gewählte Methode fördert das Gegenteil: Die Staats- und Politikverdrossenheit.

Scharfe EWG-Diskussion in Norwegen

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien, Adolph Rasten

Auch in Norwegen scheiden sich die Geister über die Frage des Beitritts an die westeuropäische Wirtschaftsgemeinschaft. Nachdem, wie früher berichtet, die Volksvertretungen in Dänemark und Schweden mit grosser Mehrheit ihre Zustimmung dazu gegeben haben, dass die Regierungen Verhandlungen mit der EWG-Kommission über Mitgliedschaft, beziehungsweise Assoziation aufnehmen, steht das Storting in Oslo demnächst vor der gleichen Entscheidung. Anfang April findet im norwegischen Parlament die Debatte über den Vorschlag der Regierung statt, wonach Norwegen dem Beispiel Grossbritanniens und Dänemarks folgen und die EWG-Kommission um Verhandlungen ersuchen soll, mit dem Zweck, Norwegen als Vollmitglied in die EWG einzugliedern.

Ein heftiges Vorgefecht hat sich kürzlich im Storting abgespielt, als die Parteien über eine Änderung des Grundgesetzes debattierten, die von der Regierung vorgelegt wurde. Die Grundgesetzänderung - eine Neufassung des alten Artikels 93 - erschien der Regierung als notwendig, um das Land in die Lage zu setzen, gewisse Souveränitätsrechte an ein internationales Organ zu übertragen. Diese Vollmachten sollen sich auf "sachlich begrenzte Gebiete" erstrecken, d.h. handelspolitische, zollpolitische und juristische Gebiete.

Die vorgeschlagene Grundgesetzänderung wurde mit 115 gegen 35 Stimmen angenommen. Unter den 35 befanden sich sämtliche Vertreter der Bauernpartei (die Zentrumspartei), die beiden Volkssozialisten, einige Mitglieder der Christlichen Volkspartei sowie sechs Sozialdemokraten, die über 76 Sitze verfügen.

In der Debatte wurden Bedenken darüber vorgetragen, dass Norwegen Souveränitätsrechte an die EWG abgeben muss. Die Grundgesetzänderung setzt voraus, dass die Übertragung von Souveränitätsvollmachten mit Dreiviertel-Mehrheit angenommen wird.

Nach der 30 Stunden dauernden Debatte über diese Angelegenheit wird mit grossen Auseinandersetzungen in der Parlamentsdiskussion über den Vorschlag der Regierung gerechnet, nunmehr die Verhandlungen mit der Kommission in Brüssel aufzunehmen. Von verschiedenen Seiten in der norwegischen Öffentlichkeit wird sehr heftig gegen den Beitritt Norwegens polemisiert. In kaum einem anderen Land diskutiert man diese Frage mit so grosser Leidenschaft wie in Norwegen. Aus alten Zeiten "schiessen" die Norweger in politischen Fragen, besonders wenn es um Prinzipien und Ideen geht, immer scharf. Vor allem ist man darüber besorgt, dass die freie Beweglichkeit des Kapitals Norwegen in einer "peripheren Provinz" der grossen europäischen Industrie- und Finanzkonzernen umwandeln wird, und dass Norwegen überhaupt in wirtschaftliche und politische Abhängigkeit gerät.

Der hervorragende Sozialökonom, Professor Ragnar Frisch, erklärt, die EWG sei nichts anderes als ein schlauer Versuch, ganz Europa in die Arme der "unaufgeklärten Geldgewalt" zurückzudrängen. Auch bestünde die Gefahr, dass der Anschluss an die EWG die sozialpolitische Entwicklung Norwegens erdrosseln wird.

Die Befürworter des Beitritts Norwegens befürchten, dass Norwegen, falls es ausserhalb steht, nicht nur mit hohen Zollabgaben rechnen muss, sondern auch an Wirtschaftlichkeit und Exportabsatz verlieren wird. 85 Prozent der norwegischen Ausfuhr besteht aus Industriewaren, und wenn England und Dänemark Mitglieder der EWG werden, wird dreiviertel der gesamten Ausfuhr an EWG-Länder gehen.

Die Auseinandersetzungen innerhalb der Regierung haben dazu geführt, dass der Preis- und Lohnminister Gunnar Bøe, ein Gegner des Beitritts Norwegens, seinen Rücktritt erklärt hat. Bøe wird im Herbst aus der Regierung ausscheiden.

Eine unabänderliche Bedingung für die norwegische Mitgliedschaft in der EWG ist und bleibt, dass vorerst England in der EWG als Vollmitglied eintreten muss. Falls das nicht erreicht wird, will auch Norwegen ausserhalb der EWG bleiben und sich mit der möglichen Assoziation begnügen.

"Die blutenden Grenzen Asiens" (Schluss)

Asien in Erwartung des nuklearen Urknalls aus China

Von Erwin Erasmus Koch

März 1962

Schon auf der Eisenbahnfahrt der Strecke Hong Kong - Canton hatte ein rotchinesischer Funktionär zu mir über Singkiang gesprochen, jenen autonomen Teil der Volksrepublik, der dicht vor Tibet liegt. Singkiang sei eine Reise wert, und wer wolle (aber auch die Erlaubnis erhalte), könne es von Lantschou aus über einen neugebauten Schienenstrang erreichen. Singkiang war schon in Hong Kong und Macao ein häufiges Gesprächsthema unter anglizierten Chinesen gewesen. Jeder wusste es, in Singkiang erzeugen die Brutöfen genu Uran 235 und Plutonium, um die ersten Atombomben Mao Tse-tungs mit entsprechend lautem Propaganda-Effekt detonieren zu lassen. Der "Grosse Sprung nach vorn" soll künftig mit der nuklearen Waffe durchgeführt werden. Jener erwähnte Funktionär wies stolz darauf hin, dass der "Dschusi" (gemeint war Mao, der "Vorsitzende",) auch die Schöpfung der Kernspaltungsbomben ohne Hilfe der Sowjets nahezu vollendet habe. Die anglizierten Chinesen hatten ebenso geheimnisvoll über den ganz Fernen Westen, über Kukuor und Zaidam, gesprochen. Auf der Hochsteppen werde die Wasserstoffbombe gebaut.

Schon jetzt Schlagzeilen

Es hatte schon in Karachi, in Bangkok, am River Kwai und Saigon bedenkliche Gesichter gegeben, wenn die Rede darauf kam, dass China schon binnen weniger Jahre ein Arsenal von Massenvernichtungsmitteln besitzen könnte. Jede derartige Nachricht, die in den Zeitungen gebracht wurde, bildete den Inhalt von Schlagzeilen. Mit welchem Aufwand würde erst der Vollzug des historischen Ereignisses in ganz Asien gemeldet werden! Wie faszinierend würde der Atompilz über die Wüste Gobi hinaus leuchten!

In Bonn und in allen Metropolen des Westens war dann gleichzeitig die Meldung von der bevorstehenden nuklearen Detonation, wenn auch noch mit einem Fragezeichen versehen, verbreitet worden. Man sollte auf dieses Fragezeichen jedoch keine Hoffnungen setzen. Gewiss kann es noch einige Monate länger als vorgesehen dauern, bis der nukleare Urknall aus China auch die letzten Zweifler entsetzen und wachrütteln wird. Er wird jedenfalls mehr als alles andere bisherige Geschehen auf die Nationen Asiens wirken, er wird in den Gedanken der Menschen Kettenreaktionen wachrufen, die den Dschusi in gleicher Weise glorifizieren als zum Alptraum werden lassen. Natürlich wird die chinesische Atombombe ebenfalls die Vereinten Nationen alarmieren. Sie dürften sich dann bewusst werden, dass in ihrer Mitte ein Mitglied fehlt, dass China über die Kernwaffe ohne Bindungen an die übrige Welt verfügt.

Wohin treibt Asien ?

Wohin treibt also Asien und insbesondere der Südosten des Kontinents? Wohin treiben Nepal, Burma, Indien? Die Rückkehr nach Europa, die Gewinnung der räumlichen Distanz, lässt diese Fragen nicht in ihrer Bedeutung verblassen. Nepal gleicht einem Pulverfass, Burma gleicht einem Pulverfass, für Laos und Südvietnam, selbst auch für das Dschungelreich Kambodja gilt dasselbe. Mao Tse-tungs Schatten fällt schwer über jeden dieser Staaten, wie verschieden auch die Reaktionen sind, die dem wachsenden Druck der grossen Volksrepublik im Norden folgen. Der König Mahendra von Nepal hat sich ostentativ nach Peking gewandt, seitdem die entthronte Ministerpräsidenten-Dynastie der Rana-Familie vom sicheren Indien aus putscht. Er willigte nicht nur in alle Grenzkorrekturen ein, die vom Tien An Men, dem Tor des Himmlischen Friedens, gefordert wurden. Mahendra gab auch die endgültige Einwilligung zum Bau der Hochstrasse, die Katmandu, seine Residenz, über Lhasa (Tibet) mit dem zentralen China verbinden wird.

Eisbarriere des Himalaya durchbrochen

Strategisch hat damit Peking die Eisbarriere des Himalayas durchbrochen, die Gangesebene liegt ihm offen. Ngo Dien, der autokratische Demokrat von Südvietnam entging mit knapper Not einem tödlichen Anschlag; er stützt sich auf die Starfighter und Schnellfeuergewehre der USA. Aber wie lange kann er sich darauf verlassen, da die roten Guerillas über den Ho Chi Khin-Pfad, von Viet Ninh im Norden über Laos und den Mekong weiter mehr oder weniger ungestört in den Süden einsickern? Werden aus den Gefechten in diesem zermürbenden Partisanenkrieg bald Schlachten, ähnlich jenen, die bei Dien Bien Phu geschlagen wurden? Tatsächlich droht ein neuer "Indochina"-Krieg. Die kommunistische Pathet Lao lässt auch das alte "Reich der Millionen Elefanten", Laos, nicht zur Ruhe kommen. Die Genfer Verhandlungen sind Anfang 1962 wie das Hornberger Schiessen ausgegangen. Der Brand im Dschungel schwelt fort. Oberburma wurde gleichfalls zur Basis der Guerilla-Verbände der roten "Volksbefreiungsarmee". Der in Amerika geschulte General Ne Win übernahm zwar die Macht, aber kann nicht eben darum in Oberburma die auf den Separatismus, auf die Errichtung einer eigenen Volksdemokratie hinzielende Revolution ausbrechen? Sie würde vollkommen dem Wunsche Pekings entsprechen.

Im politischen Bilde Asiens überwiegen leider die düsteren Aspekte. Auch Hunderte und aber Hunderte Millionen Dollar an Entwicklungshilfen vermögen sie nicht zu zerstreuen. Das dunkle Bild rundet Indonesien ab. Sukarnos Sympathien wandten sich neuerdings auch Peking zu. Die Detonation der ersten chinesischen Atombombe wird die Szene nur gespenstisch erhellen.